

Pensionen & Steigende Lebenserwartung: Wer länger lebt, soll später ruhen!

Was erwarten und vor allem was erwartet die Jungen?

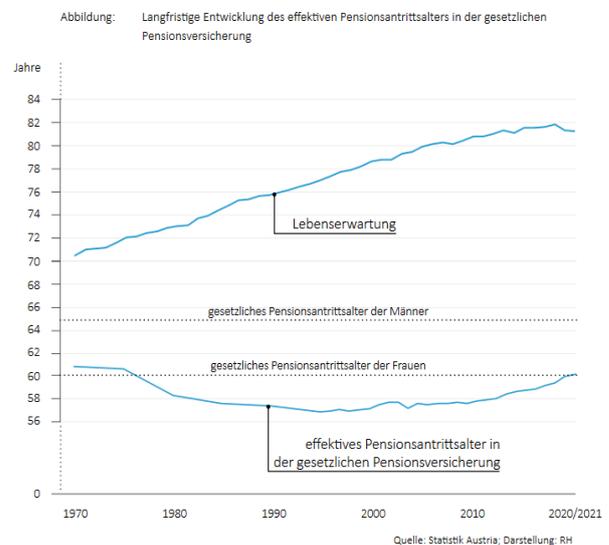
Der STANDARD legt mit obiger plakativer Titelzeile wieder einmal die Finger in die immer weiter klaffende Wunde: Heuer gebe der Bund rund 20 Prozent mehr für Pensionen aus als im Jahr davor. **Rund 30 Milliarden Euro** fließen in die Abdeckung des Defizits bei den staatlichen Pensionen, das ist rund **jeder vierte Euro im Bundesbudget**. Die Pensionsausgaben am BIP (dem Bruttoinlandsprodukt) betragen 13,7 %, zum Vergleich sind es in Deutschland 10,4%, in Dänemark 10,1%, in Schweden nur 9,3%).

Und das Profil ergänzt **weitere Fakten**:

„Seit Anfang der 1970-er-Jahre hat sich die Zahl der Pensionist:innen mit 2,5 Mio. fast verdoppelt, gleichzeitig **erhöhte sich die Lebenserwartung um fast zehn Jahre**. Das Alter, in dem Menschen in den Ruhestand wechseln, blieb seit den 1970-er Jahren mit rund 62 Jahren bei Männern und 60 Jahren bei Frauen so gut wie gleich“.

Somit verbringen Männer in Österreich laut **OECD-Pensionsbericht „Pensions at a glance“** durchschnittlich 21,6 Jahre und Frauen 25,5 Jahre im Ruhestand.

Graphik: Rechnungshof, Statistik Austria



Seit Jahren fordern wegen der ständig steigenden Lebenserwartung Experten ein höheres Regelpensionsalter. Und nennen die **nordischen Länder** als mögliche Vorbilder. Dort wurde das **Pensionsantrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt**. Da diese immer weiter steigt, geht auch das Pensionsantrittsalter automatisch nach oben. Daher werden dort Männer wie Frauen bald erst mit 70 Jahren in Pension gehen dürfen. In Dänemark soll das Pensionsantrittsalter **bis 2060 auf 74 Jahre angehoben** sein, zitiert der STANDARD.

Ganz anders die Entwicklung in Österreich. Zwar wird hierzulande das Pensionsantrittsalter der Frauen bis 2033 sukzessive an jenes der Männer angehoben. Nachzulesen im letzten BAV-Newsletter hier... + LINK

An der 65-Jahre-Grenze ändert sich jedoch nichts. Und noch schlimmer: Im Vergleich zu anderen OECD-Staaten gehen die **Österreicher:innen viel früher in Pension als vorgesehen**: Frauen im Schnitt mit 60,9 und Männer mit 61,6 Jahren.

Daher werden die Mahner immer mehr, zuletzt meldete sich auch **Prof. Christoph Badelt**, langjähriger Rektor der Wirtschaftsuniversität, Leiter des WIFO und nun Präsident des Fiskalrats lautstark (u.a. im ZIB-2-Interview) zu Wort und mahnte ein, dass aufgrund der gravierenden Strukturmängel unseres staatlichen Pensionssystems **dringend Reformen nötig seien**.

Über diese **strukturellen Probleme** haben wir schon oft berichtet: Wir leben länger (fein), wir gehen trotzdem früher in Pension als noch im vorigen Jahrtausend, womit die produktiven Jahre, in denen wir in das System einzahlen weniger und die Jahre, in denen wir Pensionen erhalten, immer mehr werden. Gleichzeitig findet ein **demographischer Wandel** statt: Die zahlenmäßig große Gruppe der **Babyboomer** geht nun schlagartig in Pension, gleichzeitig kommen immer weniger Junge nach und die arbeiten auch nicht mehr so viel, weil ihnen die **Life-Work-Balance** wichtiger ist. Folge immer weniger Einzahler, immer mehr und länger Pensionsauszahlungen.

War früher das Verhältnis 3:1, d.h. die Auszahlungen für einen Pensionisten wurden durch 3 Einzahler getätigt, so stehen wir kurz davor, dass sich das Verhältnis halbiert. Laut Franz Schellhorn, Direktor des Think Tanks Agenda Austria berechnet, dass „bereits in 6 Jahren **nur noch 1,5 Erwerbstätige einen Pensionisten zu erhalten haben**“, nachzulesen im Profil Nr. 18 vom 4. Mai 2024.

Diese Entwicklung ist seit dem vorigen Jahrtausend bekannt. Neu ist, dass neben den üblichen Mahnern jetzt aktiv die **Unternehmen und Wirtschaftsverbände eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters fordern**. Weniger wegen der steigenden Pensionskosten, sondern vielmehr, um dem drohenden Wirtschaftsabschwung **mangels Arbeitskräften** etwas entgegen setzen zu können. Das ist insofern „interessant“, als viele Jahrzehnte lang es in Österreich üblich war, ältere Personen in Frühpension zu schicken. Nun aber forderte Monika Köppl-Turyna, Ökonomin vom arbeitgebernahen Institut Eco Austria: „Um der Wirtschaftsflaute und den steigenden Pensionskosten entgegenzuwirken, müsse das gesetzliche Pensionsalter **auf 67 Jahre angehoben werden**“. Und der Wifo-Chef Gabriel Felbermayr sprach sich für „eine zumindest teilweise Koppelung des Pensionsantrittsalter an die Lebenserwartung“ aus. U.a. im STANDARD vom 22. März.

"Unzureichend". Rechnungshof kritisiert Kontrolle des Pensionssystems scharf

Ganz klare Worte fand kürzlich der österreichische Rechnungshof (RH): Ab Mitte der 2030er-Jahre werde das effektive Pensionsantrittsalter in Österreich stagnieren – obwohl die Lebenserwartung steige. Das sei Ausdruck einer fehlenden Strategie zum künftigen Umgang mit dem Pensionsantrittsalter. Eine **wichtige Handlungsoption sei die Anhebung** des effektiven Pensionsantrittsalters und gegebenenfalls auch des gesetzlichen Pensionsalters.

Der Rechnungshof überprüfte, ob sich der Staat effektiv um die Sicherung des Pensionssystems kümmert und übt **scharfe Kritik** an den zuständigen Stellen, allen voran an der **Alterssicherungs-Kommission**.

Der RH erinnert daran, dass mit der Pensionsreform 2004 zwar ein Pensionskonto eingeführt wurde, das den Bürgern ihre Guthaben anzeigen soll. Aber **weitere Anpassungen**, die das Pensionssystem automatisiert mit der Bevölkerungsentwicklung weiterentwickeln sollten, **wurden nicht gemacht**. Man habe stattdessen die Alterssicherungskommission geschaffen, der eine wesentliche Aufgabe zukomme: Sie müsste alle drei Jahre einen Bericht über die langfristige Entwicklung und Finanzierbarkeit bis zum Jahr 2050 erstellen und beurteilen, ob Änderungen im Pensionssystem nötig seien. Doch der **RH erachtet deren Arbeit in den Jahren 2017 bis 2022 als "unzureichend"**, wie die Prüfer in einer Aussendung schreiben. Konkret: 2017 sei die Alterssicherungskommission ihrer **Verpflichtung zur Berichterstattung gar nicht nachgekommen**. Erst 2021 sei ein "Langfristgutachten" vorgelegt worden. Doch weder die Alterssicherungskommission noch die Bundesregierung hätten sich darin umfassend zur Frage der langfristigen Finanzierbarkeit des Pensionssystems geäußert, kritisiert der RH.

Außerdem kritisierte der RH, dass man sich politisch nicht auf einen Vorsitzenden einigen konnte, wodurch die Kommission erst im November 2019 zur konstituierenden Sitzung zusammentreffen konnte. Zur Erinnerung: Aufgrund von mangelndem Reform-Willen der Politik legte der Vorsitzende Anfang 2022 sein Amt zurück. Auch darüber haben wir im BAV-Newsletter berichtet. Hier [zum Nachlesen...](#)

Seither ist der **Vorsitz unbesetzt**. Und der RH kritisiert weiter: Trotz ähnlicher Prognosen (etwa Demografie, Beschäftigung etc.) würden die langfristigen Analysen über die Nachhaltigkeit des Pensionssystems unterschiedlich ausfallen. So **sage etwa der Fiskalrat**, dass die Nachhaltigkeit durch den Anstieg Demografie-abhängiger Ausgaben **langfristig nicht gesichert sei**. Die Alterssicherungskommission hingegen mache in ihren Beschlüssen dazu keine Aussage und schlug auch keine Reformmaßnahmen vor. "Es fehlen klare Kriterien, um beurteilen zu können, ob das Pensionssystem nachhaltig ist", zitiert FondsProfessionell die Prüfer des Rechnungshofes.

Kritisch hielt der RH außerdem fest, dass die Pensionen seit 2005 nur zwei Mal (wie gesetzlich vorgesehen) im Einklang mit der Steigerung des **Verbraucherpreisindex angepasst wurden**. Anmerkung: Hier bezieht sich der RH auf die vorgegebene Formel, nach der die jährliche Pensionserhöhung automatisch berechnet werden sollte. Doch die Politik hat immer wieder – um die **Pensionisten als größte Wählergruppe nicht zu verärgern** – oben noch etwas draufgelegt. Und damit die Kosten erhöht.

Diesen Punkt **bestätigt auch Ulrich Schuh**, wirtschaftspolitischer Leiter am Institut WPZ-Research und ehemaliges Mitglied der Pensionskommission: "In den letzten Jahren gab es in Österreich einen **Reformstillstand bei den Pensionen**". Immer dann, wenn die öffentlichen Finanzen nicht stark unter Druck stehen, verteile die Politik Geschenke an Pensionsbezieher, etwa in Form von Pensionserhöhungen. Bestimmte Jahrgänge werden dadurch stärker bevorzugt als andere. Es fehlt ein Bewusstsein für ein nachhaltiges Pensionssystem."

Effektives Pensionsantrittsalter stagniert

Zwar sei seit 2004 bis 2021 das effektive Pensionsantrittsalter im Schnitt um 2,8 Jahre gestiegen. Doch sobald die Angleichung des Frauenpensionsantrittsalters an jenes der Männer (65 Jahre) abgeschlossen sei, komme es zu einer Stagnation. D.h. ab Mitte der 2030er Jahre dürfte das effektive Antrittsalter stagnieren, während die Lebenserwartung weiter steigt.

Forderung des RH: "Die Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters und gegebenenfalls auch des gesetzlichen Pensionsantrittsalters wäre eine wichtige Handlungsoption".

Was erwarten und vor allem was erwartet die Jungen? Junge müssen mehr schultern!

Klar ist, wenn in Kürze ein Pensionist nicht mehr von 3, sondern nur noch 1,5 Einzahlern finanziert werden muss, bedeutet das frei nach Adam Riese entweder **höhere Pensionsbeiträge für die Einzahler oder geringe Pensionen oder eine Mischung davon**.

Dazu eine **bemerkenswerte Aussage von Bernhard Binder-Hammer**, Bevölkerungsökonom am Institut für Demografie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien, die vielleicht die **künftige Ausrichtung des staatlichen Pensionssystems anzeigt**.

„Die Pension war in ihrer ursprünglichen Form eine soziale Absicherung im Falle von Erwerbsunfähigkeit“. Erst durch die Babyboomer-Generation (starke Steigerung der Erwerbstätigen-Zahl mit gleichzeitig geringerer Zahl an Pensionisten (als Folge des 2. Weltkriegs) und sinkenden Geburtenzahlen) sei es möglich geworden, eine **lange erwerbsfreie Lebensphase zu finanzieren**. Dieses System habe lange gut funktioniert, stoße heute zunehmend an seine Grenzen. "Die Babyboomer-Generation geht in den nächsten zehn bis 15 Jahren in Pension. Das bedeutet, **dass immer mehr Ressourcen von den Jungen an die Alten umverteilt** werden müssen." Das Realeinkommen der Jungen sei seit 2010 aber gleich geblieben oder sogar gesunken. Hinzu komme ein Mangel an Arbeitskräften, speziell im Gesundheits- und Pflegebereich, der sich in Zukunft noch verschärfen könnte. So der Experte im STANDARD.

Wie sich die Politik die Zukunft vorstellt, war kürzlich Thema einer Diskussion mit dem Titel **„Generation (Vor)Sorge: Wie sich junge Menschen auf die Pension vorbereiten“**.

Während Ministerin Gewessler die Bedeutung des guten staatlichen Systems hervorhob aber auch private Vorsorge als 2. Säule als „auch gut“ bezeichnete, sprach sich **Claudia Plakolm, Jugend-Staatssekretärin** dafür aus, den Generationenvertrag wieder auf ein gesünderes Fundament zu stellen. Und auch die Stärkung der 3. Säule sei ihr wichtig und sie ließ mit dem Wunsch aufhorchen, **einen „kleinen Teil der ersten Säule“ am Kapitalmarkt anzulegen**, um die Staatsfinanzen auf gesündere Beine zu stellen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die **Studie „Was wünscht sich die Jugend“**, bei der die Unique Research GmbH junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren befragte. Das **Ergebnis in Kürze:** Drei Viertel der Befragten sorgen sich um Höhe und Sicherheit ihrer Pension, mehr als die Hälfte hat wenig oder kein Vertrauen

in das staatliche Pensionssystem und nicht einmal jeder Dritte glaubt, seinen Lebensstandard im Alter halten zu können, berichtete das Versicherungsjournal.

Während Neos-Politiker Loacker regelmäßig davor warnt, dass das Pensionssystem „seit Jahrzehnten auf Kosten der Jungen sukzessive heruntergewirtschaftet“, werde und die staatlichen Zuschüsse zu den Pensionen „ja irgendwo fehlen – etwa bei der Bildung, bei Gesundheit, Pflege, Infrastruktur, Forschung, Umwelt“, ist wohl von den Regierenden keine echte Pensionsreform zu erwarten. Stellen doch die **Pensionist:innen zahlenmäßig bald die größte und auf jeden Fall leicht zu den Urnen bringende Gruppe dar.**

Und was passiert, wenn man das Volk um seine Meinung fragt, konnte man kürzlich in der **Schweiz** beobachten. Dort lehnte eine klare Mehrheit (74,4%) der stimmberechtigten Schweizer:innen eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters auf 66 Jahre ab und sprachen sich sogar für eine 13. Monatspension aus, obwohl die Regierung vorher warnte, dass dafür Steuererhöhungen nötig seien und man damit die finanzielle Stabilität des Sozialversicherungssystems gefährde.

Das lässt befürchten: Da wir uns in einem Wahljahr befinden, wird sich die Politik auch heuer – und wohl auch künftig - nicht an effektive Pensionsreformen wagen, um von den Pensionist:innen dafür nicht abgestraft zu werden. Daher muss den heute jungen Menschen klar sein, dass man wohl **nie mehr eine vergleichbare Ersatzrate, also keine annähernd hohe Pensionen** wie die heutigen Pensionist:innen erhalten wird.

Was also tun? Sie als Berater:innen sollten obige Zahlen und Fakten Ihren Kund:innen, vor allem den Jüngeren, im Beratungsgespräch vorlegen und verdeutlichen. Um weiter Problembewusstsein zu schaffen, können Sie außerdem anhand des Pensionskontos die Ist-Situation erklären. Und sachlich informieren, dass an einer Absicherung des gewohnten Lebensstils durch eine ergänzende 2. und 3. Säule kein Weg vorbeiführt.

Quellen und Links zum Weiterlesen: Rechnungshof-Bericht, Versicherungsjournal, FondsProfessionell, DER STANDARD, profil.at

<https://www.oecd.org/publications/oecd-pensions-at-a-glance-19991363.htm>

https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/2023_29_Nachhaltigkeit_Pensionssystem.pdf
[Rechnungshof vermisst langfristige Strategie bei Pensionssystem](#)

<https://www.derstandard.at/story/3000000210013/schweizer-genehmigen-sich-eine-13-rente?ref=rss>

Quellen und Autoren: Mag. Stephan Novotny (<https://www.ra-novotny.at>), Mag. Günter Wagner, B2B-Projekte für Finanz- und Versicherungsbranche (www.b2b-projekte.at), Webseite Justizministerium, Vortrag Mag.a Birgit von Maurnböck, FondsProfessionell